



HESSISCHER LANDTAG

20. 05. 2009

Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Hessischer Aktionsplan für mehr Erzieherinnen und Erzieher

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, mit einem Hessischen Aktionsplan "Mehr Erzieherinnen und Erzieher" dem sich abzeichnenden Notstand an Erzieherinnen und Erziehern aktiv vorzubeugen.

Dieser Aktionsplan soll folgende Bausteine beinhalten:

1. Es wird ein Sofortprogramm aufgelegt, durch das 500 neue Ausbildungsplätze an den Fachschulen für Sozialpädagogik und an den Berufsfachschulen für Sozialassistenten geschaffen werden, beginnend ab dem Schuljahr 2009/2010. Für dieses Sonderprogramm sind für vier Jahre pro Jahr zusätzlich 2,5 Mio. € aus Landesmitteln zu veranschlagen, das Gesamtvolumen des Programms beträgt 10 Mio. €
2. In Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit sollen die etwa 1.500 arbeitslos gemeldeten Erzieherinnen und Erziehern in Hessen für den Wiedereinstieg in den Beruf gewonnen werden. Langzeitarbeitslosen Erzieherinnen und Erziehern sowie aus dem Beruf ausgestiegenen Fachkräften sollen besondere Qualifizierungs- und Fortbildungsangebote den Wiedereinstieg in den Beruf erleichtern. Arbeitslos gemeldeten Personen aus verwandten Berufsfeldern sollen Umschulungen angeboten werden.
3. Es soll eine landesweite Initiative in Kooperation mit den Kommunen und anderen Trägern von Kindertageseinrichtungen gestartet werden, um Erzieherinnen und Erziehern, die nach Elternzeit oder aus anderen Gründen aus dem Beruf ausgeschieden und momentan nicht erwerbstätig sind, für die Rückkehr in den Beruf zu gewinnen.
4. Eine breitflächig angelegte Werbekampagne soll mehr junge Menschen für diese Ausbildung motivieren. Es sollen insbesondere junge Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen werden, da der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in den größeren Städten bereits heute weit über 30 v.H. liegt, während der Anteil des pädagogischen Personals mit Migrationshintergrund in Kindertagesstätten verschwindend gering ist.
Um den Genderaspekt besser als bisher zu berücksichtigen, sollen auch gezielt mehr junge Männer geworben werden, da der Anteil des männlichen Personals in den Kindertageseinrichtungen nur bei rund 5 v.H. liegt, Mädchen und Jungen aber männliche und weibliche Vorbilder brauchen.
5. Die Attraktivität des Berufs soll durch bessere Karrierechancen gesteigert werden. Dazu gehört u.a. die Unterstützung von Studiengängen zur Erreichung eines Bachelor-Abschlusses, wie z.B. an der evangelischen Fachhochschule Darmstadt, und die Unterstützung berufsbegleitender Studiengänge, wie z.B. an der Fachhochschule Gießen-Friedberg.
6. Es soll ein Konzept zur Reform der Erzieherinnenausbildung erarbeitet werden, das mittelfristig die Ausbildung auf Fachhochschulniveau etabliert, um dem europäischen Standard zu entsprechen.

Begründung:

Der von allen gewollte Ausbau an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren kann nur dann qualitativ abgesichert erfolgen, wenn ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht. Um die bis 2013 angestrebte 35 v.H. Versorgungsquote zu erreichen wird bundesweit mit einem zusätzlichen Fachkräftebedarf von fast 80.000 Erzieherinnen und Erziehern in Einrichtungen gerechnet. Allein in Frankfurt fehlen bis zum Jahr 2013 4.400 zusätzliche Erzieherinnen bzw. Erzieher. Deshalb ist davon auszugehen, dass in Hessen der Mangel an Fachkräften in den nächsten Jahren noch deutlich steigen wird.

Frühe Bildung ist für ein gutes Aufwachsen von Kindern und für eine gute Bildungskarriere enorm wichtig. Die Qualität in den Kinderbetreuungseinrichtungen zu erhöhen und die Umsetzung der ab dem ersten September dieses Jahres geltenden Neuregelung der Personalmindeststandards können ebenfalls nur gelingen, wenn ausreichend Fachpersonal vorhanden ist. Und wenn der Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers endlich die gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung erhält, die er verdient.

Die Erfahrungen mit der Einführung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz haben gezeigt, dass rechtzeitig daran gedacht werden muss, ausreichendes Fachpersonal zu haben. Sonst geht der Platzausbau für die Betreuung der unter Dreijährigen zulasten der Qualität der Betreuung.

Der Bedarf an zusätzlichem Fachkräftepersonal wird verschärft durch den zu erwartenden Personlrückgang aufgrund der relativ kurzen Verweildauer im Beruf und den zu erwartenden Verrentungen. Gleichzeitig ist die Zahl der Studierenden an Fachschulen für Sozialpädagogik rückläufig.

Der hessische Aktionsplan enthält dementsprechend verschiedene Bausteine, die in Gesamtheit dazu beitragen dem drohenden Fachkräftemangel entgegen zu treten.

Wiesbaden, 19. Mai 2009

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir